

Die Krise des Liberalismus

Landolf Ladig

EPOCHALE Krisen leiten Epochenwenden ein. Epochenwenden werden von den Zeitakteuren nur selten als solche erkannt. Die Bedeutungszuschreibung erfolgt gewöhnlich durch die Nachwelt, sie stillt das Orientierungsbedürfnis des einzelnen Menschen oder der Gemeinschaft und dient u. U. einem Staat, der sich mit dem Geist einer neuen Zeit verbindet, als Legitimationsgrundlage.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird sowohl von den systemoppositionellen Beobachtern als auch den politischen Akteuren auf nationaler und internationaler Ebene die gegenwärtige Krisensituation als „epochal“ bezeichnet. Die wahrnehmbare Gleichzeitigkeit von politischer Aktion und historisierender Betrachtung hat zwei wesentliche Ursachen: 1. Die Existenz einer weltverbindenden Kommunikationstechnologie als Katalysator von Problemanalyse und Ideenbildung 2. Die weitverbreitete Ahnung, daß die Menschheit in den kommenden Jahrzehnten mit existentiellen Fragestellungen konfrontiert werden wird.

Der Kapitalismus mit seinem oft beschriebenen, zinsverursachten Wachstumszwang hat seinen Raubzug globalisiert und trifft im 21. Jahrhundert, ohne Ausweichmöglichkeiten, auf die Grenzen des Ökosystems Erde. Die zentralen Erscheinungsformen dieses Aufeinandertreffens haben wir am selben Ort (vgl. L. Ladig: Krisen, Chancen und Auftrag Teil 1: Kapitalismuskrise und Peak Oil, in: ViB 5/2011, S. 6 - 9) mit Hilfe der Begriffe Peak Oil, Peak Soil und Peak Everything konkretisiert. Daraus folgt, daß Mangel mittelfristig selbst in den heutigen Überflußgesellschaften erfahrbar werden wird.

Die zukünftige Mobilisierungsfähig-

keit bzw. Politikfähigkeit der identitären Systemopposition hängt daher wesentlich davon ab, ob sie ein weltanschaulich konsistentes Versöhnungswerk von Ökologie und Ökonomie hervorbringen kann, das zudem mit der tatzeugenden Kraft einer Vision beseelt ist.

Lebensfalsche „linke“ Ökologie

Arne Schimmer hat in *hier & jetzt* 17/11 eine gelungene Betrachtung der zentralen Widersprüche „linker“ Ökologien vorgelegt und in diesem Zusammenhang unter Verweis auf die Erfolgsgeschichte der Partei „Die Grünen“ zurecht von einem verlorenen ökologischen Auftrag des „rechten“ Lagers gesprochen (vgl. A. Schimmer: Der verlorene Auftrag, in: *hier & jetzt* 17/11, S. 18 - 27, S. 27). Um keine Redundanzen aufzubauen, soll es daher für unseren Zugriff genügen, in Kürze noch einmal die augenfälligsten Inkonsistenzen „linker“ Ökologie aufzuzeigen.

Es ist bekannt, daß die „Die Grünen“ bzw. ihre Vorgängerorganisationen in ihren Anfangsjahren maßgeblich von konservativen Persönlichkeiten wie Baldur Springmann, Herbert Gruhl und Rudolf Bahro geprägt wurden, die eine radikale Industrie-, Konsum- und Wachstumskritik äußerten. In den achtziger Jahren erfolgte jedoch die Unterwanderung der „Grünen“ durch K-Gruppen-Funktionäre, die die aufstrebende Ökopartei als Vehikel auf dem Weg zur politischen Macht benutzen wollten. Die neuen Machtstrategen erkannten die Kontinuität der natursehnenden Seelenlage der Deutschen, die seit der mittelalterlichen Mystik ihren Niederschlag in Schrifttum und Volkslied gefunden hat und integrierten sie meisterhaft in ihr politisches Kalkül.

Die Aktivisten, die die grüne Bewegung vor 30 Jahren enterten, waren kommunistisch orientiert und folglich mit einer materialistischen Weltanschauung ausgestattet. Diese weltanschauliche Verortung dominiert bis heute die Füh-

rungsebene dieser Partei. Materialistisch bedeutet in diesem Zusammenhang, daß mit Karl Marx das Bewußtsein des Menschen als Produkt seines Seins beschrieben wird und folglich in Anlage-Umwelt-Diskussionen die Dominanz exogener Faktoren insbesondere in der Ontogenese betont wird. Die Parteiprogrammatik fußt daher auf kulturalistischen und behavioristischen Theoriederivaten. Sie postulieren die „Machbarkeit des Menschen“ und sind die Grundlage jener grausamen Gesellschaftsexperimente, die als Gender Mainstreaming oder Multikulturalismus Teil der offiziellen Politik der BRD geworden sind. Hier wird das zentrale theoretische Paradoxon der „linken“ Ökologen für jedermann augenfällig: Während die zuweilen hysterisch artikulierte Sorge um gefährdete Tierarten indirekt auf die Entelechie, also eine eingriffsfreie, die Anlageseite betonende, Entwicklung der Wesen abstellt, wird der Mensch, der biologisch betrachtet auch ein Teil der Fauna ist, aus dem ökologischen System herausgenommen. So macht „man sich zwar Sorgen um jedes Habitat einer gefährdeten Krötenart, gleichzeitig reagiert man völlig gleichgültig auf das Absterben der eigenen Kultur und damit der eigenen geistigen und kulturellen Traditionen“ (vgl. ebenda, S. 23). Während man sich selbstverständlich berechtigt - um die lebensgesetzliche Entwicklung von Pflanzen und Tieren sorgt, spricht man der zentralen Entwicklung der Evolution, dem Menschen, ein eigengesetzliches Entwicklungsrecht seines Wesenskerns ab und führt ihn einer ideologischen Vernutzung zu. Die nichthumane Natur darf sich nach ihrer inneren Logik entwickeln, der Mensch muß gemacht werden, so die Unlogik der „linken“ Ökologie à la „Die Grünen“.

Die Auflösung der geschlechtlichen Polarität in Homo-, Bi- oder Transsexualität steht dabei ganz oben auf der Agenda, wodurch langfristig nicht nur die Fortpflanzung der Menschheit in Frage gestellt wäre, sondern eben auch die schöpferischen Impulse, die aus dem

Geschlechtsgegensatz entstehen, zu versiegen drohen. Auch die befürwortete Transformation gewachsener Völker in multikulturelle Gesellschaften belegt die totale Hegemonie kulturalistischer oder behavioristischer Theorien innerhalb „grüner“ Gesellschaftsutopien. Dabei muß im anthropologischen Bereich dasselbe gelten wie für die übrige belebte Natur auch - und was dort publikumswirksam von „Grünen“ eingefordert wird: Vielfalt sichert Zukunft! „Eine homogenisierte Menschheit setzt alles auf eine Karte, eine in unterschiedliche Rassen, Völker, Religionen, Kulturen, Wirtschaftsräume usw. gegliederte Menschheit hat hingegen viele Eisen im Feuer“ (H. Schleip: 22 Thesen zum Rassismus, in: Krebs, P. (Hrsg.): Mars Ultor 2006, Kassel 2005, S. 312 ff., S. 348).

Die hier dargestellte Inkonsistenz hat dem Erfolg der „Grünen“ bekanntlich keinen Abbruch getan. Dies zu erklären, ist hier nicht unsere Aufgabe, doch steht zu vermuten, daß die denkwürdige Erfolgsgeschichte bald zu Ende gehen dürfte. Dies kann, wie Arne Schimmer richtig vermutet, kurzfristig schon dadurch geschehen, daß mit dem forcierten Atomausstieg dieser Partei das zentrale Mobilisierungsthema genommen wird.

„Die Grünen“ sind allerdings auch in einem ganz anderen Punkt in die politische Sackgasse gelaufen: Ihrer ideologischen Grundierung gemäß haben sie sich im politischen Spannungsfeld von Freiheit und Gleichheit als klassische Umverteilungspartei etabliert und in den letzten Jahrzehnten im Verbund mit den übrigen Systemparteien maßgeblich dazu beigetragen, die BRD zur Transferrepublik zu machen. Eberhard Hamer spricht in diesem Zusammenhang von einem nach dem letzten Krieg allmählich entstandenen „Sozialfeudalismus“ (E. Hamer: Die Transfergesellschaft, in: ViB 6/2011, S. 14 – 16, S. 14). Und er präsentiert erschreckende Befunde: So übersteigt die Zahl der aus Marktleistung über Staatszuweisung Alimentierten inklusive der diese Sozialleistungen verwaltenden oder betreuenden Funktionäre des Sozial- und Betreuungsgewerbes diejenige der Marktleister deutlich: Hamer geht davon aus, „daß per Saldo die letztere Gruppe der auf dem Markt Erwerbstätigen etwa 30 %, die über staatliche Steuern, Transfers und Sozialeinkommen oder als Angehörige

von ihnen lebenden Bevölkerungsmglieder aber etwa 70 % ausmachen“ (vgl. ebenda, S. 15). Gegen diese 70 % von öffentlichen Gaben Lebenden könne es sich keine auf ihre Wahlchancen blickende Partei mehr erlauben, Ersparnisse bei der Alimentation vorzuschlagen (ebenda, S. 16).

Daß trotz horrender öffentlicher Schulden und exzessiver staatlicher Fürsorge die Kluft zwischen Arm und Reich weiter wächst, verstärkt die prekäre politische Situation aller etablierten Kräfte.

Daß trotz horrender öffentlicher Schulden und exzessiver staatlicher Fürsorge die Kluft zwischen Arm und Reich weiter wächst, verstärkt die prekäre politische Situation aller etablierten Kräfte. Und genau wie die anderen Systemparteien predigen „Die Grünen“ in ihrer Not den Glauben an den „Götzen Wachstum“ (Werner Braunbek), denn volkswirtschaftliches Wachstum soll ausufernde Transferzahlungen sicherstellen, Arbeitslosigkeit reduzieren und generell die ungerechte Verteilung des Reichtums zwischen den Klassen auf ein vertretbares Maß bringen. Dabei postulieren „Die Grünen“ selbstverständlich ein sogenanntes „grünes Wachstum“, das durch den ökologischen Umbau der Gesellschaft angeblich naturverträglich generiert werden könne. Angegrüntes, dekarbonisiertes Wachstum ist aber Augenwischerei, denn zum einen kompensieren die Zuwächse an Nachfrage jeden Fortschritt an Dematerialisierung oder Ökologisierung wieder, und zum anderen lösen Nachhaltigkeitsinnovationen ihrerseits zusätzliche Energie- und Materieströme aus (vgl. N. Paech: Eine Ökonomie jenseits des Wachstums, in: Einblicke Nr. 49/Frühjahr 2009 – Schriftenreihe der Universität Oldenburg, S. 24-27, S. 25).

Fakt ist, daß „Die Grünen“, wie ihre Kollegen von der Ex-SED bis zur CSU, in der Wachstumsfalle sitzen und damit ihre Zukunftsfähigkeit verspielen. Nutznießer kann die identitäre Systemopposition sein, wenn es ihr gelingt, raumorientierte Konzepte mit Ansätzen der Postwachstumsökonomie zu verschmelzen. Den ökologischen Auftrag werden sie dann en passant von den „linken“ Ökologen zurückerobern.

Wachstumsökonomie

Der Mensch wandelt vermutlich seit etwa einer Million Jahren über den Erdball. Die technische Höherentwicklung ging die längste Zeit vergleichsweise schleppend voran. Vor 500 Jahren begann jedoch in Europa eine bis in die Gegenwart andauernde Innovationsexplosion, die in erster Linie auf das Ende des Zinsnahmeverbotes und die parallele Entwicklung einer internationalen Geldwirtschaft zurückzuführen ist. In dieser Zeit liefen die ersten großen Kapitalakkumulationsprozesse ab, die auf dem Zinseszinsseffekt beruhten. Zur Erinnerung: Schon bei einem weltweiten Durchschnittszins von lediglich 2 % steigert sich die Kapitalausstattung der Welt in 20 Jahren um 50 %!

In der Folgezeit differenzierte sich das Bankensystem weiter aus: Das Zusammenspiel von Zentralbank und Geschäftsbank setzte ein, wobei letztere die Geldschöpfung antrieb. Mit den Großinvestitionen der im 19. Jahrhundert entstehenden Aktiengesellschaften nahm die Industrialisierung eine atemberaubende Fahrt auf. Die Aktiengesellschaft ermöglichte eine hohe Eigenkapitalquote und reduzierte die Haftung des Aktionärs auf den Betrag, den er zur Verfügung stellte. Sollte sich der Kapitalbildungsprozeß fortsetzen und damit die Wirtschaft weiter wachsen, war dafür Sorge zu tragen, daß ständig und ununterbrochen ein Unternehmensgewinn erwirtschaftet wurde, aus dem einerseits der Zins zu bezahlen war und andererseits ein Reingewinn resultierte, der den Aktionären als Ausgleich für das von ihnen übernommene Risiko genügte.

Dieser Wachstumszwang, der vom Zinsgeldsystem auf die Realwirtschaft ausgeübt wird, dauert bis heute an. Keiner der etablierten Kräfte in der BRD stellt das exponentielle Wachstum selbst in Frage, denn das kapitalistische System, dem sie alle dienen, ist auf dem Primat der Kapitalexpansion aufgebaut und treibt deshalb den Prozeß der Kommodifikation, der für das Wachstum der Produktion nötigen Verwandlung von Bedürfnissen in Waren, blindlings voran. Die Erschöpfung unseres Planeten ist bereits in Sichtweite. Doch das Banken- und Geldsystem verhindert bis heute, daß die Zinsrate auf einen Wert fällt, der nachhaltiges Wirtschaften ermög-

licht. Das krebsartige Wachstum in alle Richtungen ist zum Merkmal unserer entarteten Zivilisationsepoche geworden: die künstlich geweckten Bedürfnisse wachsen, der Welthandel wächst, der Energiehunger wächst, und mit ihnen die Unrast des Lebens.

In zweihundert Jahren Industrialisierung ist ein Großteil der Bodenschätze aus der Erdkruste entnommen worden, deren Aufbau geologisch gesehen eine Million Jahre gedauert hat. Oder etwas abstrakter ausgedrückt: Wir bauen Energieträger und Materie ab, die sich in einem Zustand niedriger Entropie befinden, die also extrem variabel verwendet werden können, führen sie dann dem Produktionsprozeß zu und erzeugen Güter mit hoher Entropie, die selbst nach einem aufwendigen Recyclingvorgang nie wieder den Entropiezustand vor ihrer Vernutzung erreichen werden. Die Vernutzung des terrestrischen Vorrats an niedriger Entropie kann daher als die eigentliche Schicksalsfrage der Menschheit angesehen werden.

Postwachstumsökonomie

Unsere endliche Erde erträgt kein ununterbrochenes Wirtschaftswachstum. Der ewige Kreislauf von Leben und Tod kennt Phasen des Aufstiegs und des Niedergangs, des Werdens und des Vergehens. Alles Sein ist diesem Wechselspiel unterworfen. Nach Jahrhunderten des rasanten Fortschritts sehnen sich Mensch und Natur nach einem Innehalten, in dem die Pflege und die Aufrechterhaltung der irdischen Bestände erlernt werden kann. Wachstumskritisches Denken findet sich in der Ökonomie seit hundert Jahren. Zwei zentrale Forderungen wurden dabei immer wieder zur Sprache gebracht, und es scheint so, als ob nur die Verwirklichung selbiger eine Homöostase von Mensch und Natur zuließe: Zum einen ist dies die Forderung nach Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen, die binnenmarktorientiert aufgebaut und mit einem komplementären Finanzsystem ausgestattet, die Integration von Kultur- und Wirtschaftsraum zum Ziel hat. Zum anderen besteht die aus der Ökologie bekannte Forderung, Vielfalt zu erhalten und das Gewachsene zu achten: „Je mehr Vielfalt, desto weniger Sachzwang und umgekehrt. Je

mehr Einheitlichkeit, desto mehr Ausweglosigkeit. Die Globalisierung, die Weltvereinheitlichungsmaschine, führt geradewegs in den Sachzwangknast, der es uns unmöglich macht, den Niedergang zu stoppen. Umgekehrt aber auch hier: jede Wiederbelebung der Vielfalt, jede Kultivierung von Eigenart hat etwas Rettendes an sich und richtet ein Stoppzeichen auf.“ (M. Gronemeyer: Genug ist genug – Über die Kunst des Aufhörens, Darmstadt 2008, S. 162)

Unsere endliche Erde erträgt kein ununterbrochenes Wirtschaftswachstum. Der ewige Kreislauf von Leben und Tod kennt Phasen des Aufstiegs und des Niedergangs, des Werdens und des Vergehens. Alles Sein ist diesem Wechselspiel unterworfen.

Der Oldenburger Professor Nico Paech hat ein Modell zur Entwicklung einer Postwachstumsökonomie veröffentlicht. Er schlägt fünf Schritte vor, mit deren Hilfe eine Wachstumsökonomie in eine Postwachstumsökonomie transformiert werden kann: Der Einstieg beginnt auf der Suffizienzebene, die durch eine Entrümpelung und Entschleunigung des individuellen Lebensstils geprägt ist. Es folgt die Ebene der Entkommerzialisierung, die durch den Aufbau lokaler Selbstversorgungsstrukturen gekennzeichnet ist. Auf dieser Arbeit fußt die dritte Ebene, die der Entflechtung durch regionale Versorgungssysteme. Die vierte Ebene sieht die Optimierung der Restgröße an Objekten/Aktivitäten vor, die auf globalisierten Wertschöpfungsnetzen basieren. Dies geschieht durch Nutzungsdauerverlängerung, Renovation, Umnutzung etc. Den Abschluß bildet die Ebene der institutionellen Innovation, auf der die Geld- und Bodenreform angegangen wird. Obgleich sich in der Entwicklung des Modells eine Sukzession aufdrängt, können Aktivitäten einzelner Ebenen auch verschränkt ablaufen. Augenfällig ist aber auf jeden Fall, daß jeder Schritt eine Reduktion der bisher in Geld gehandelten Konsumaktivitäten vorsieht. (vgl. N. Paech: a.a.O., S. 25)

„Reduktion“ verweist auf notwendigen Verzicht. Daß dieser Verzicht kei-

nen Verlust bedeuten muß, soll eine Betrachtung der Suffizienzebene und Entkommerzialisierungsebene verdeutlichen. Grundlage für die Annahme, daß Genügsamkeit auch Wohlbefinden vermitteln kann, sind Befunde der Glücksforschung („Science of Happiness“), wonach „eine Steigerung des über Geld vermittelten materiellen Reichtums ab einem bestimmten Niveau das subjektive Wohlbefinden nicht weiter erhöht“ (ebenda, S. 25). Ein bedeutsamer erster Schritt besteht darin, daß der Konsument die Nachfrageseite beeinflusst, denn die unter Wachstumsdruck produzierende Industrie wirft in immer kürzeren Produktzyklen immer neue Innovationen auf den Markt. Dabei hat der Wohlstandsbürger, im beschleunigten Lebensstil stehend, kaum noch die Zeit, die Menge an immer neuen Artefakten zu verarbeiten bzw. intensiv zu nutzen. Ein wichtiger erster Schritt besteht deshalb darin, daß der unreflektiert agierende Spontankonsumist sich selbst in die Entschleunigungspflicht nimmt und zunächst eine Wertschätzung für langlebige und reparable Produkte aufbaut. Ohne an dieser Stelle den Markenwahn anheizen zu wollen, der selbst Teil des perfiden Bedürfnisweckungssystems ist, kann der Erwerb einer Waschmaschine als Beispiel dienen: Eine Miele-Waschmaschine kostet zunächst das Doppelte eines Fernostimports. Sie besitzt aber auch die doppelte Lebensdauer. Ohne Geld zu verlieren, wird mit dem Kauf des deutschen Produkts in einem Zeitraum von zwanzig Jahren der Natur die ressourcenvernutzende Produktion einer zweiten Waschmaschine erspart, der heimische Arbeitsmarkt durch Stärkung der lokalen Wertschöpfungskette gestützt und ein erhöhter Verbrauch fossiler Energieträger für einen Transport um die halbe Welt vermieden. Eine bewußt vorgenommene Kaufentscheidung kann daher den Beginn einer persönlichen Autonomisierungsbewegung anzeigen.

Jeder einzelne muß sich nun weiter fragen, ob übervolle Lebensstile gepflegt werden und ob eine Befreiung von Energiesklaven, Konsum- und Komfortkrücken möglich ist. Welche Lebensstile werden mit Aufwand gepflegt, die nur Ausdruck eines gesellschaftlichen Statusdenkens sind? Zeugt es wirklich von Souveränität, jeden Modetrend mitzumachen? Oder ist es nicht vielmehr lustvoll, sich mit einer zeitlosen Attribu-

ierung auszustatten und die Wertschätzung für Qualität mit der eigenen Person zu verbinden? Die aus China importierten, aus erdölbasiertem Kunststoff gefertigten Trekkingboots geben nach zwei Jahren intensiver Nutzung den Geist auf. Die zwiegenähten Juchtenlederstiefel süddeutscher Provenienz können immer wieder neu besohlt werden und sind über eine Dekade ein treuer Begleiter. Wenn Langlebigkeit Bedeutung erlangt hat und Selbstsicherheit aufgebaut ist, kann es sehr befriedigend sein, selbst wieder handwerkliche Fähigkeiten zu entwickeln. Sich ein Stück Unabhängigkeit in einer ausdifferenzierten, arbeitsteiligen Lebenswelt zurückerobern zu haben, kann echte Glücksgefühle hervorrufen, ein durch Selbständigkeit herbeigeführtes Erfolgserlebnis tiefes Selbstvertrauen wecken. Es folgt der Versuch einer zunehmenden Balance zwischen Fremd- und Selbstversorgung, in der Versorgung auch ohne Geldausgeben geprobt wird. Tauschbörsen können entstehen, in denen Fertigkeiten und Waren gehandelt werden, ein eigener Garten bestellt werden, die Apfelbäume auf der benachbarten Streuobstwiese, deren Früchte jahrzehntelang verfaulten, können neue Aufmerksamkeit erfahren etc.

Sicherlich spielt gerade auf der Individual- und der Nahebene die Sehnsucht nach dem unentfremdeten Leben in der Postwachstumsökonomie eine bedeutende Rolle. Postwachstumsökonomien sind aber keine Ökospinner, die ein reines „Zurück-zur-Natur“ postulieren. Die arbeitsteilige Gesellschaft wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt, doch Komplexitätsreduktion da gefordert, wo Natur überfordert wird, weil der Mensch zu viel überflüssigen Ballast angehäuft hat. Kritische Beachtung erfährt zudem der aus dem Industriezeitalter entlehnte Arbeitsbegriff. Selbstverwirklichung über Arbeit wird als anachronistischer Anspruch verworfen, da er in den nächsten 50 bis 100 Jahren obsolet würde. Breiten Raum nimmt die Frage nach notwendigen institutionellen Eingriffen ein. Hier wird der Ordnungsrahmen ausformuliert, den der Staat setzen muß, um einen kollektiven Bewußtseinswandel zu unterstützen bzw. abzusichern.

Auftrag

Ohne Zweifel läßt sich die Postwachstumsökonomie mit ihrer Wertschätzung für Regionalität, Vielheit, Unentfremdetheit und ihren Reformideen für ein neues Boden- und Geldrecht mühelos in die Weltanschauung der identitären Systemopposition integrieren. Die gegenwärtig vorrangig staatspolitisch motivierte Zuwendung zu raumorientierten Konzepten, wie sie beispielsweise die NPD als bedeutendste identitär ausgerichtete Partei vertritt (vgl. Das neue Parteiprogramm der NPD Teil 1, in: Deutsche Stimme 10/2010, S-18/19, Punkte 5 u. 6) braucht unbedingt eine ergänzende ökologische Begründung. Wenig wahrgenommene Hintergrundanalysen (vgl. NPD-Parteivorstand: Profil – Nationaldemokratische Schriftenreihe Folge 13: Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre, Berlin 2006, S. 73ff.) belegen das Wissen um die Zusammenhänge.

Die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie wird das zentrale Thema des 21. Jahrhunderts. Diese verlangt nach dem Sturz des „Götzen Wachstum“ die Schaffung einer Vielheit subglobaler, mit gewachsenen Kulturräumen zur Deckung gebrachten Wirtschaftsräume.

Gelingt die Formulierung dieser Synthese und ihre frühzeitige Besetzung sowie deren Kommunikation, dürfte die identitäre Systemopposition über ein Thema verfügen, das die Mobilisierungsfähigkeit der Atomthematik in den Schatten stellt. Ein freudiger Aufbruch wird denkbar, der einen epochalen menschlichen Entwicklungsschub anstoßen kann.

Literaturempfehlung:

www.postwachstumsökonomie.org

Fundstücke

Ab August 2012 soll Bargeld schrittweise abgeschafft werden

Für Banken, Sparkassen und Geschäfte ist der Bargeldumlauf ein Kosten- und Risikofaktor. Und auch das Finanzamt betrachtet Bargeld zunehmend skeptisch. Bargeldzahler werden in Deutschland nach einem von langer Hand geplanten EU-Vorstoß nun bald pauschal zu Verdächtigen. In Deutschland sind Scheine und Münzen bei Einkäufen das mit Abstand meistgenutzte Zahlungsmittel. Gemessen am Umsatz liegt der Bargeldanteil bei rund 60 Prozent. Das soll sich nach dem Willen von Politik und Banken schnell ändern. Auch in Deutschland wird nun eine in weiten Teilen der Bevölkerung noch immer unbekannte Richtlinie der EU-Kommission umgesetzt, an deren Ende die Abschaffung des Bargelds steht. Mit der EU-Geld-Richtlinie (2009/110/EG) soll der Weg frei werden für »innovative und sichere E-Geld-Dienstleistungen« ohne Bargeld. Die EU fordert für alle Bürger der Mitgliedsstaaten die »elektronische Geldbörse in Form einer Zahlungskarte oder einer anderen Chipkarte« sowie »als Speichermedien für E-Geld (...) außerdem Mobiltelefone (mit denen auch bezahlt werden kann) und Online-Zahlungskonten«. Es gibt mehrere solcher EU-Richtlinien. Faßt man sie zusammen, dann wird das Bild klar: Schritt für Schritt wird Bargeld in der EU abgeschafft oder das Bezahlen mit Bargeld sogar verboten. In Italien dürfen beispielsweise seit dem 4. Dezember 2011 Beträge über 1.000 Euro nicht mehr bar bezahlt werden. Der neue italienische Ministerpräsident Mario Monti treibt den bargeldlosen Zahlungsverkehr unter Hochdruck voran. Auch die anderen EU-Staaten setzen die Geld-Richtlinie der EU derzeit um. In Belgien dürfen etwa von sofort an Waren, die mehr als 5.000 Euro kosten, nicht mehr bar bezahlt werden. Der für Steuerbetrug zuständige Staatssekretär Crombez bestätigte Mitte Januar entsprechende Presseberichte. Schrittweise wird die Bargeldsumme, mit der Bürger noch bezahlen dürfen, immer weiter abgesenkt. Das alles wird auch in Deutschland vorbereitet: Im August 2012 geht es los. *Quelle: KOPP Exklusiv.*